

## SVP-Politiker greift Flüchtlinge verbal an

**ST. MARGRETHEN.** Der Präsident der SVP St. Margrethen, Marcel Toeltl, äussert sich auf seiner Homepage mit heftigen, teils rassendiskriminierenden Worten zur «unkontrollierten Zuwanderung». Dabei zielt er vor allem auf Flüchtlinge aus Eritrea und Syrien.

### «Vorbei mit dem Frieden»

Unter dem Titel «Was kommt da auf uns zu?» schreibt der 53-Jährige: «Gerade Flüchtlinge aus Eritrea und Syrien, die nachweislich einen sehr tiefen Länder-IQ haben, sind in unserem Land (...) fehl am Platz.» Falls sie hier doch eine Stelle fänden, sei es «mit dem Frieden in unserem Land vorbei». Denn: «Nebst der stetig steigenden Kriminalität (...) sind auch unsere Frauen immer mehr in Gefahr. Oder glaubt jemand ernsthaft, dass die zumeist sehr jungen und in weiter Überzahl eingereisten Männer sich gebühlich verhalten? Dass sie keine sexuellen Be-



Bild: pd

**Marcel Toeltl**  
Präsident SVP St. Margrethen

dürfnisse haben und nach unseren Sitten mit Frauen umgehen? Es gebe viele Medienberichte, die «rudelmässige Belästigung und Gewalt an vorbeilaufenden, jungen Frauen (sogar mit Kind)» belegten, schreibt der SVP-Politiker weiter. «Die intelligenten und kritischen Bürger wandern aus, und der Rest vermehrt sich mit den Genen der Zuwanderer aus Ländern mit niedrigem IQ.»

Die Staatsanwaltschaft wird sich mit Toeltls Aussagen beschäftigen müssen. Wie Walter Brunner von der «CaBi»-Anlaufstelle gegen Rassismus gegenüber dem Nachrichtenportal Watson sagt, will er in den nächsten Tagen eine Meldung an die Staatsanwaltschaft einreichen.

### Einsprache von Schmitt hängt

In der SVP St. Gallen gab es kürzlich einen ähnlichen Fall. Der Wiler Stadtparlamentarier Mario Schmitt hatte im vergangenen Herbst auf Facebook einen islamfeindlichen Eintrag gepostet. Die Staatsanwaltschaft stufte diesen als rassendiskriminierend ein und verhängte eine Busse. Schmitt hat dagegen Einsprache erhoben. Ein Entscheid steht noch aus. (lom)

## ARKB-Archiv soll an Kanton gehen

**HERISAU.** Die UBS ist bereit, die historischen Akten der Ausserrhoder Kantonbank langfristig ans Ausserrhoder Staatsarchiv zu übergeben. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe soll nun die Details einer rechtlichen Lösung ausarbeiten. Die Ausserrhoder Regierung erwartet innert eines Jahres eine für beide Seiten zufriedenstellende Regelung. Dies schreibt die Regierung in einem Bericht zu einem entsprechenden Postulat der SP-Fraktion. (ar)

# Kampf für und gegen Grenzgänger

In Kontingente für Ausländer müssten die Grenzgänger eingerechnet werden. In der Ostschweiz wollen Vertreter von Wirtschaft und Politik den hier bescheidenen Anteil halten. Möglicherweise baut die Wirtschaft aber selber ab.

FRITZ BICHSEL

Im Kanton Genf ist die Rechtspartei Mouvement Citoyens Genevois nach Kampagnen gegen die 65 000 Grenzgänger zweitstärkste Kraft. Auch viele Tessiner sehen die 62 000 Grenzgänger in ihrem Kanton als Problem: verstopfte Strassen, Konkurrenz um Arbeit, Druck auf Löhne. Das trug bei zu 70 Prozent Ja zur SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung. Hätten Tessiner durchschnittlich gestimmt, wäre das hauchdünne Ja schweizweit nicht zustande gekommen.

### In der Ostschweiz bescheiden

In der Ostschweiz waren zu dieser Initiative die Grenzgänger selten ein Thema. Sie fallen hier auch in den Grenzkantonen gering ins Gewicht: im Kanton St. Gallen gegen 9000 neben gut 110 000 hier wohnenden Ausländern, im Thurgau gegen 5000 neben fast 60 000 anderen Ausländern. Trotzdem haben die Grenzgängere Zahlen eine brisante Wirkung: In den beiden Ostschweizer Grenzkantonen liegt der Ausländeranteil mit 22,9 Prozent leicht unter dem Schweizer Durchschnitt von 23,3. Rechnet man die Grenzgänger hinzu, steigt er im Kanton St. Gallen und im Thurgau aber auf gegen 25 Prozent – und liegt damit über dem Durchschnitt. Das gilt auch für andere Grenzkantone. Entsprechend wollen sie bei der Umsetzung der Initiative höhere Kontingente.

### Neu auch Grenzgänger begrenzt

Die Initiative legt fest: «Die Grenzgänger sind einzubeziehen.» Das wurde in der Ostschweiz besonders Wirtschaftsleuten erst nach der Abstimmung bewusst. Denn Befürworter hatten stets von Rückkehr zum früheren System gesprochen. In den Kontingenten für Ausländer vor den Verträgen mit der EU waren die Grenzgänger aber nicht enthalten. Solche konnten Arbeitgeber zusätzlich anstellen, wenn sie nachwies, dass sie im Inland niemanden fanden. Jetzt hat der Bundesrat



Bild: Urs Bucher

Parkplatz von Stadler Rail in Altenrhein: «Für die Wirtschaft so oder so ein Fiasko.»

mitgeteilt, wie er gemäss der Initiative die gesamte Ausländerzahl begrenzen will: mit separaten Kontingenten für Einwanderer, Grenzgänger und Kurzaufenthalter, wobei die Kantone ihren Bedarf anmelden können.

Beides erhöht die Chancen von Grenzkantonen wie St. Gallen und Thurgau auf einen höheren Anteil dank Grenzgängern.

Der St. Galler Volkswirtschaftsdirektor Beni Würth ist zuversichtlich, dass der Bund zu-

sätzlichen Bedarf der Grenzkantone berücksichtigen wird. Die Kantone können nun zu den Plänen des Bundesrates Stellung nehmen. Sie müssen dabei auch abwägen, ob sie ihre bisherige Grenzgängere Zahl verteidigen

und dafür Abbau bei Einwanderern in Kauf nehmen wollen. Der Thurgauer Volkswirtschaftsdirektor Kaspar Schläpfer will dazu noch nichts sagen, weil er mit einer Stellungnahme der Vernehmlassung der ganzen Kantonsregierung vorgreifen würde.

### «So oder so ein Fiasko»

«Es ist für die Wirtschaft so oder so ein Fiasko», sagt Kurt Weigelt zum Ja zur Initiative und dem sich deswegen abzeichnenden Gerangel um Kontingente für Ausländer. Im Unterschied zu einigen Wirtschaftsverbänden sieht der Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell wenig Spielraum: «Aufgrund des Initiativtextes, der nun in der Verfassung steht, muss der Bundesrat den Auftrag mit Kontingenten umsetzen.» Weigelt plädiert dafür, dass die Kantone selber entscheiden können, wie sie ihren Anteil auf niedergelassene Ausländer und Grenzgänger verteilen. «Für die Ostschweiz sollten wir Grenzgänger als Standortvorteil verteidigen. Im Tessin zum Beispiel stellen sich andere Fragen.»

### Löst sich Problem von selber?

Inzwischen kam für die Wirtschaft die Aufwertung des Franken gegenüber dem Euro als weiteres Problem hinzu. Auf diese Verteuerung ihrer Produkte und Dienste reagieren in der Ostschweiz bisher einzelne Betriebe mit Umstellung auf Lohn in Euro für Grenzgänger oder einige mit längerer Arbeitszeit wie jüngst Stadler Rail in Bussnang und Altenrhein. Diese Massnahmen erregen Aufsehen. Ruhiger bleibt es um das, was weit mehr Betriebe machen wegen des Währungsproblems: Sie stellen vorerst keine Leute mehr ein und erwägen Stellenabbau.

Erfahrungsgemäss dienen dabei oft Grenzgänger als Puffer. In den wirtschaftlich schwierigen 1990er-Jahren sank ihre Zahl in der Schweiz um 30 000. Jetzt ist Ähnliches denkbar. Wenn die Wirtschaft erneut bei Grenzgängern stärker abbaut, fällt Gerangel um Kontingente für sie weg.

# Fragen über Fragen zur Frankenkrise

Arbeitszeitverlängerung hier, Lohnkürzung da: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen geraten durch den starken Franken unter Druck – und die Politiker verfallen in Aktivismus. Ihre Sorge um die Arbeitsplätze führt zu einer Flut von Vorstössen im St. Galler Parlament.

REGULA WEIK

**ST. GALLEN.** Kaum ein Tag, ohne dass ein Unternehmen mitteilt, wie es auf den Entscheid der Nationalbank reagieren will, nachdem diese den Euro-Mindestkurs aufgegeben hat. Der Gewerkschaftsbund hat diese Woche den Beschluss der Nationalbank als «grösste wirtschaftspolitische Fehlleistung seit Jahrzehnten» kritisiert. Die Frankenstärke dürfe nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Das und weitere Konsequenzen befürchten auch St. Galler Kantonsparlamentarier; sie haben zahlreiche Vorstösse eingereicht.

• **Auswirkungen:** Sozialdemokraten und Grüne fordern von der Regierung eine Einschätzung, wie sie die Auswirkungen

auf den st. gallischen Werkplatz beurteilt, speziell auch auf die st. gallische Exportindustrie. Und sie wollen wissen, wie sich die Währungssituation auf den Detailhandel und die Grossverarbeiter auswirkt – am liebsten unterteilt nach Regionen.

• **Zusatzbelastungen:** Es dürfe in der aktuell schwierigen Situation «keine Zusatzbelastungen» für die Wirtschaft geben, halten Walter Locher und Marc Mächler fest. Ihre Intention ist klar: Die administrativen Kosten für die Unternehmen sollen gesenkt, die Bürokratie abgebaut werden. Die beiden FDP-Kantonsräte fragen denn auch, ob die Regierung bereit ist, dies «prioritär an die Hand» zu nehmen.

Und sie wollen ganz konkret wissen, ob sie den Ausbau des

öffentlichen Verkehrs zwischen St. Gallen und Konstanz – ab Dezember verkehrt der neue Regioexpress mit einer Fahrzeit von 33 Minuten – noch immer für richtig hält; für den hiesigen Detailhandel werde es damit noch schwieriger.

• **Handlungsspielraum:** CVP-Kantonsrätin Yvonne Suter wirft die wohl matchentscheidende Frage auf: Sie will nämlich wissen, wo die Regierung auf kantonaler Ebene überhaupt Handlungsspielraum sieht, um die hiesige Wirtschaft zu stärken.

• **Produktivitätssteigerung:** Wie viele Unternehmen im Kanton reagieren auf die Frankenstärke mit Massnahmen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belasten? Auskunft darauf

will SP-Kantonsrätin Bettina Surber von der Regierung. Und was, wenn Firmen das Unternehmensrisiko auf die Mitarbeitenden abwälzen? Welche Massnahmen kann der Kanton dann ergreifen?

• **Lohnkontrollen:** Bettina Surber fordert von der Regierung in einem zweiten Vorstoss Auskunft darüber, wie gut die Lohnkontrollen im Kanton funktionieren. Sie will ganz konkret erfahren, ob bei Betrieben, die ihre Löhne an den Eurokurs koppeln oder Euro-Löhne bezahlen, interveniert werden kann.

• **Kurzarbeit:** Kurzarbeit werde immer wieder als «Wundermittel gegen Entlassungen» gepriesen, hält der grüne Kantonsrat Meinrad Gschwend fest. Er hegt Zwei-

fel und fordert, Kurzarbeit-Entschädigungen nur dort auszusuchen, wo sie tatsächlich gerechtfertigt seien. Er will von der Regierung denn auch wissen, wie viele Gesuche für Kurzarbeit bereits eingegangen sind und bewilligt wurden. Und wie sich diese auf die einzelnen Branchen und Regionen verteilen.

• **Schullager:** Es gehe nicht an, dass in der aktuell schwierigen Situation Schullager ausserkantonale durchgeführt würden, findet SVP-Kantonsrat Mirco Gerig. Um den hiesigen Tourismus zu stützen, sollten die Lager im eigenen Kanton organisiert werden. Er fordert von der Regierung detaillierte Auskünfte zur Anzahl und Art der Lager (Skilager, Sommerlager, Schlusreisen) und zu den Lagerorten.